

# HAVEL BRANDUNG

Ausgabe 3.2013

Die linke Zeitung  
für das Havelland und Brandenburg an der Havel

Am 22. September

## DIE LINKE

wählen 



Spitzenkandidatin im Land Brandenburg  
Diana Golze - Wahlkreis 60 - Seite 3



Harald Petzold (links) - Wahlkreis 58 - Seite 5

Dr. Kirsten Tackmann - Wahlkreis 56 - Seite 4

# 100% SOZIAL

## DIE LINKE. BRANDENBURG

### Wer darf wählen und wer nicht

Wahlberechtigt sind alle Bürgerinnen und Bürger mit deutscher Staatsbürgerschaft, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und mindestens drei Monate ununterbrochen in der BRD oder der DDR gelebt haben. Das passive Wahlrecht besitzen alle volljährigen deutschen Staatsbürger. Vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen sind Personen, für die dauerhaft ein Betreuer für die Besorgung aller ihrer Angelegenheiten bestellt ist

oder die nach einer Straftat wegen Gemeingefährlichkeit in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht sind. Wer wegen eines Verbrechens zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wird, verliert automatisch sein passives Wahlrecht für fünf Jahre. Außerdem kann ein Gericht bei politischen Straftaten das aktive und passive Wahlrecht für zwei bis fünf Jahre unter bestimmten Voraussetzungen entziehen.

### Neue Regelung im Wahlrecht

Nachdem das Bundesverfassungsgericht das bestehende Wahlrecht in Teilen für verfassungswidrig erklärt hat, hat der Bundestag eine Neuregelung beschlossen. Ab der Bundestagswahl 2013 werden die Überhangmandate, die eine Partei erzielt, durch weitere Sitze für die anderen

Parteien ausgeglichen. Durch die so genannten Ausgleichsmandate kann sich die Anzahl der Sitze im Bundestag erhöhen. Hätte es diese Regelung bereits bei der Bundestagswahl 2009 gegeben, wären 671 Abgeordnete in den Bundestag eingezogen. Tatsächlich waren es jedoch nur 620.

### Jeder Wähler hat zwei Stimmen

Am 22. September sind die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, die Abgeordneten des 18. Deutschen Bundestages zu wählen. Die Grundlagen für die Wahl des Bundestages sind im Artikel 38 des Grundgesetzes geregelt. Darin heißt es: „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

Jeder Wähler hat zwei Stimmen, eine Erst- und eine Zweitstimme. Mit der Erststimme wird ein Direktkandidat aus dem jeweiligen Wahlkreis gewählt, mit der Zweitstimme eine Partei. Sie

ist maßgeblich für die Sitzverteilung im Parlament. Zur Bundestagswahl gibt es 299 Wahlkreise. Aus jedem Wahlkreis wird ein Abgeordneter bzw. eine Abgeordnete direkt in den Bundestag gewählt. Mindestens weitere 299 Abgeordnete ziehen über die Landeslisten ihrer Partei in das Parlament ein. Der Deutsche Bundestag besteht somit aus mindestens 598 Mitgliedern. Hinzu kommen sogenannte Überhang- und Ausgleichsmandate. So hat der 17. Bundestag, dessen Wahlperiode nun zu Ende geht, insgesamt 620 Abgeordnete.

Übrigens ist der Stimmzettel auch gültig, wenn nur eine Stimme abgegeben wird, also Erst- oder Zweitstimme.

Zur Bundestagswahl am 22. September 2013 treten insgesamt 34 Parteien an. Zwar wurden 39 Parteien zur Wahl zugelassen, fünf erklärten jedoch gegenüber dem Bundeswahlleiter ihren Verzicht auf die Teilnahme an der Bundestagswahl.

Alle Parteien, die gegenwärtig mit mindestens fünf

Abgeordneten im Bundestag oder in einem der 16 Landtage vertreten sind, dürfen automatisch zur Bundestagswahl antreten. Das sind CDU, CSU, SPD, FDP, DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen, die Piraten Partei, die Freien Wähler und die NPD. Über die Zulassung weiterer Parteien entscheidet der Bundeswahlausschuss.

In Brandenburg stehen insgesamt zwölf Parteien auf dem Stimmzettel: Das sind DIE LINKE, SPD, CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Piratenpartei, Alternative für Deutschland, NPD, Republikaner, Bürgerbewegung pro Deutschland, Freie Wähler und Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands.

### 34 Parteien stellen sich zur Wahl

### Briefwahl ist auch möglich

Jede/r Wahlberechtigte/r, der in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann sein

Der/die Antragsteller/in muss Familiennamen, Vornamen, Geburtsdatum und

nicht den Erhalt der Wahlbenachrichtigung abwarten.

Briefwahlunterlagen können bis zum Freitag vor der Wahl (20. September 2013) bis 18:00 Uhr beantragt werden. In bestimmten Ausnahmefällen können Wahlschein und Briefwahlunterlagen auch noch bis zum Wahltag bis 15:00 Uhr beantragt werden, insbesondere, wenn bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung der Wahlraum nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten aufgesucht werden kann.

Der Wahlbrief muss unbedingt rechtzeitig mit der Post abgesandt oder direkt bei der auf dem Wahlbriefumschlag angegebenen Stelle abgegeben werden. Er muss bei der zuständigen Stelle spätestens am Wahlsonntag bis 18:00 Uhr vorliegen, da um 18:00 Uhr die Wahl endet und mit der Auszählung der Stimmen begonnen wird. Später eingegangene Wahlbriefe können bei der Stimmenauszählung nicht mehr berücksichtigt werden.



Wahlrecht durch Briefwahl ausüben, wenn er einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheins stellt. Die Erteilung eines Wahlscheines kann schriftlich oder mündlich bei der Gemeindebehörde beantragt werden. Eine telefonische Antragstellung ist unzulässig. Ein/e behinderte/r Wahlberechtigte/r kann sich bei der Antragstellung der Hilfe einer anderen Person bedienen.

seine Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) angeben. Wer den Antrag für einen anderen stellt, muss durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachweisen, dass er dazu berechtigt ist. Wahlberechtigte, die per Briefwahl wählen wollen, sollten den Antrag auf Wahlschein und Briefwahlunterlagen so frühzeitig wie möglich bei der Gemeinde ihres Hauptwohntortes stellen. Sie müssen hierzu

### Fünf-Prozent-Hürde

Bei der Wahl zum Deutschen Bundestag gilt die Fünf-Prozent-Hürde. Das heißt, dass eine Partei mindestens 5 Prozent der gültigen Zweitstimmen auf sich vereinen oder mindestens drei Direktmandate erringen muss, um im Parlament vertreten zu sein. Anderenfalls verfallen die für diese Partei abgegebenen Zweitstimmen. Dies betrifft jedoch nicht die Sitze, die ei-

ner Partei durch Direktwahl einzelner Kandidaten (Erststimme) zugefallen sind. Wird ein Direktkandidat in seinem Wahlkreis direkt in den Bundestag gewählt, erhält er ein Mandat, auch wenn seine Partei an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert.

Bei der Wahl zum 1. Deutschen Bundestag im Jahr 1949 galt die Fünf-Prozent-Hürde noch getrennt für jedes

Bundesland. Mit der Novellierung des Wahlgesetzes im Jahr 1953 wurde die bundesweite Fünf-Prozent-Klausel eingeführt.

Bei der Bundestagswahl 1990 galt die Fünf-Prozent-Hürde wegen der besonderen Situation unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung ausnahmsweise getrennt für West- und Ostdeutschland.

## Zur Person: Diana Golze

Geboren wurde ich am 18. Juni 1975 in Schwedt/Oder. Seit vielen Jahren lebe ich mit meiner Familie in Rathenow. Ich bin verheiratet und habe zwei Kinder, eine Tochter und einen Sohn.

Von Beruf bin ich Diplom-Sozialpädagogin und seit 2005 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Ich bin Mit-

Seit 1997 bin ich Mitglied der PDS – der heutigen Partei DIE LINKE – und bin Stellvertretende Landesvorsitzende des Landesverbands Brandenburg. Ich habe ein Mandat im Kreistag Havelland und bin seit der Kommunalwahl 2003 die Vorsitzende der Rathenower Stadtverordnetenversammlung.



glied der Kinderkommission und leite in der Linksfraktion seit fast drei Jahren den Arbeitskreis Arbeit, Gesundheit und Soziales. Außerdem bin ich die Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik.

Für politische Zusammenhänge begann ich mich 1989 als 14-Jährige in der Wendezeit zu interessieren. Im Schüllerrat versuchte ich gemeinsam mit anderen, Veränderungen im Schulalltag durchzusetzen, u.a. ein Mitspracherecht der Schülerschaft bei der Besetzung der Schulleitung.

Seit Anfang der 1990er Jahre war ich Mitglied der AG „Junge GenossInnen“ in und bei der PDS. Wir haben zahlreiche Aktionen durchgeführt, z.B. Mahnwachen während des 2. Golfkriegs. Ich engagierte mich auch in einem selbstorganisierten Jugendprojekt. Während meines Studiums beteiligte ich mich an Protesten gegen die Einführung von Studiengebühren.

Vor drei Jahren habe ich die Gründung des Vereins „Kinderstadt Rathenow“ e.V. initiiert, dessen Vorsitzende ich bin. Der Verein bietet Mädchen und Jungen in den Sommerferien eine sinnvolle Freizeitgestaltung und lädt sie ein, ihre eigene Stadt aus Holz zu bauen. In diesem Jahr waren ca. 130 Kinder und 30 Betreuer\_innen mit dabei. Außerdem bin ich Mitglied im Unabhängigen Frauenverein Rathenow e.V. und im Kleeblatt e.V. Rathenow – Zentrum für Kinder und Familien.

Meine Freizeit verbringe ich im Kreise meiner Familie. Auch lese ich gern. Zu meinen Liebesschriftstellern gehören Isabel Allende und Wladimir Kaminer.

Ich kandidiere erneut für den Bundestag, um unser Land sozial gerecht sowie familien- und damit auch kinderfreundlich zu gestalten.

*Diana Golze (MdB)*

## Für Kinderrechte und soziale Sicherheit

### Bilanz und Ausblick

Wachsende Kinderarmut, fehlende Kita-Plätze, Abbau von Infrastruktur für Familien, vor allem aber für Kinder und Jugendliche, eine anhaltende Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben, eine Zunahme des Niedriglohnsektors, der zugleich auch für die zukünftigen Generationen eine Verschärfung der bereits bestehenden Altersarmut bedeutet – die Liste der Dinge, die dringend angegangen werden müssten, ist lang. All diese Probleme waren auch 2009 bereits brennend. Wer Antworten im Koalitionsvertrag suchte, den CDU/CSU und FDP im Herbst nach der letzten Bundestagswahl ausgehandelt haben, stieß entweder auf wohlfeile Wortblasen, Projekte, deren Wirksamkeit schon auf den ersten Blick fragwürdig war, oder auf die Ablehnung von dringend notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen. So ist die derzeitige Bundesregierung mit einem klaren NEIN zu einem gesetzlichen Mindestlohn, zur Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz und zu einer wirksamen Bekämpfung der Kinderarmut in unserem reichen Land angetreten. Während Geschenke an die Wirtschaft gang und gäbe waren, blieben die Maßnahmen insbesondere für Familien und Kinder, die in Armut leben müssen, aus. Ob mit der sogenannten „Mövenpick-Steuer“, die das Hotelgewerbe begünstigt, oder mit diversen Geschenken an die Versicherungswirtschaft wie etwa dem „Pflege-Bahr“ oder dem Betreuungsgeld, das nun für Rentenversicherungen eingesetzt werden kann: Es wurde eine Politik

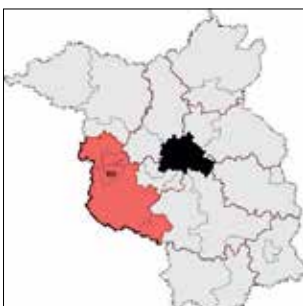
gemacht, die an den realen Bedürfnissen unserer Bevölkerung vorbeigeht und große Teile der Gesellschaft benachteiligt.

Familienministerin Kristina Schröder hat nichts erreicht, was man als erfolgreichen Lösungsweg bezeichnen kann. Der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige kollabiert wegen genau der Probleme, deren Lösung ich für DIE LINKE seit Jahren anmahne: nicht genug Kita-Plätze, zu wenig Erzieherinnen und chaotische Zustände in der Koordinierung der Verantwortlichkeiten. In Sachen Kinderarmut gilt seit nunmehr 4 Jahren das Prinzip: Nichts sehen! Nichts hören! Nichts tun! Keinerlei Maßnahmen, die zur Verbesserung der Situation der Millionen von Kindern führen, die in Armutsverhältnissen leben müssen. Den 1,4 Millionen Kindern, die in ALG II-Bedarfsgemeinschaften leben, meinte die Bundesregierung in großzügiger Geste die Regelsätze nicht zu kürzen, obwohl sie eigentlich zu hoch angesetzt seien. Jeder, der den Alltag dieser Kinder kennt, weiß: Mit diesem Regelsatz kann man kein Kind gesund ernähren, angemessen kleiden und erst recht nicht dafür sorgen, dass es eine umfassende Bildung und ausreichend Freizeitangebote bekommt. Statt dessen hat man mit dem Bildungs- und Teilhabepaket ein bürokratisches und stigmatisierendes Monster geschaffen, das vor allem für eines sorgt: dass das Geld nicht bei den Eltern ankommt, weil der Staat dies offenbar nicht will. Dass diese Kinder und

ihre Familien bedürftig und auf staatliche Hilfen angewiesen sind, beweist bereits der ALG II-Bescheid. Das Vorhaben der Bundesregierung, eine eigenständige Jugendpolitik zu schaffen, war und ist flankiert von einem massiven Abbau der Angebote für Kinder und Jugendliche. Eine solche Politik lässt die außen vor, die nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, um fehlende öffentliche Angebote durch privatgewerbliche, kommerzielle zu ergänzen. DIE LINKE sagt darum: Jedes Kind braucht Angebote der politischen und kulturellen Bildung und des Sportes. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, sie zu nutzen. Denn jedes Kind hat die gleichen Rechte.

Doch auch in der 17. Wahlperiode wurde über das Thema Kinderrechte nur von der Opposition diskutiert. Einen Gesetzentwurf der LINKEN, der die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz forderte, hat man in den Fachausschüssen so lange ausgesessen, bis eine abschließende Beratung und eine Abstimmung im Plenum nicht mehr möglich war. Doch an dieser Stelle werde ich auch in der kommenden Wahlperiode nicht locker lassen. Jedes Kind hat das Recht, ohne Armut aufzuwachsen, gefördert zu werden, seinem Alter entsprechend an gesellschaftlichen Prozessen beteiligt zu werden und an ihnen mitzuwirken und jedes Kind hat ein Recht auf Schutz. Wir, DIE LINKE, werden weiter für die Rechte von Kindern kämpfen.

*Diana Golze (MdB)*



## Wahlkreis 60

Diana Golze, Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl 2013 im Land Brandenburg, kandidiert in der Kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel. Zu ihrem Wahlkreis gehören außerdem die folgenden Gemeinden des Landkreises Havelland: die amtsfreien Gemeinden Milower Land, Premnitz und Rathenow, weiter das Amt Nennhausen mit den Gemeinden Kotzen, Märkisch Luch, Nennhausen und Stechow-Ferchesar.

## Zur Person: Kirsten Tackmann

Ich bin in Thüringen geboren und in Berlin aufgewachsen. Nach der POS habe ich eine Ausbildung als Chemielaborantin mit Abitur und anschließend das Veterinärmedizinstudium an der Humboldt-Universität zu Berlin absolviert. Während der Pflichtassistentenzeit habe ich am Veterinärmedizinischen Prüfungsinstitut in Berlin und in einem großen Geflügel- sowie Rinderbetrieb in Mecklenburg-Vorpommern gearbeitet. Die Absolventinnen-Lenkung hat mich 1985 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an das gerade neu gegründete Staatliche Institut für Epizootiologie und Tierseuchenbekämpfung (SI-FET) in Wusterhausen/Dosse geschickt. 1991 wurde dieses Institut vom Wissenschaftsrat positiv evaluiert, was eine Fortführung der Einrichtung unter dem Dach der damaligen Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere ermöglichte. Allerdings mit massiver Reduzierung des Personals. Ich wurde – trotz unserer 1987 und 1990 geborenen Kinder – übernommen. 1993 verteidigte ich meine (selbst geschriebene) Promotion. 1995 wurde die Schließung und Verlagerung



des Instituts auf die Insel Riems nahe Greifswald vom Bundestag beschlossen. Mit schwerwiegenden Konsequenzen für viele Familien und die Region, aber weder finanz-, noch sozial- oder strukturpolitisch notwendig. Als Personalräte haben wir den Widerstand organisiert und die Verschiebung der Schließung auf Ende 2013 erreicht. Seit 1980 war ich Mitglied der SED. In den 1990er Jahren habe ich mich auf Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit konzentriert. Der Kampf um das Institut, die FRELe HEiDe und gegen die Kriegsbeteiligungen der Bundeswehr haben mich wieder in die Parteipolitik gebracht. Seit 2003 bin ich im Landesvorstand der PDS/DIE LINKE. Von 2005 bis 2011 war ich stellvertretende Landesvorsitzende. Seit 2005 bin ich Abgeordnete im Bundestag und agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Von 2006 bis 2009 war ich als frauenpolitische Sprecherin und seit 2011 als Leiterin des Arbeitskreises Infrastruktur und Haushalt Mitglied des Vorstands meiner Fraktion.

des Instituts auf die Insel Riems nahe Greifswald vom Bundestag beschlossen. Mit schwerwiegenden Konsequenzen für viele Familien und die Region, aber weder finanz-, noch sozial- oder strukturpolitisch notwendig. Als Personalräte haben wir den Widerstand organisiert und die Verschiebung der Schließung auf Ende 2013 erreicht. Seit 1980 war ich Mitglied der SED. In den 1990er Jahren habe ich mich auf Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit konzentriert. Der Kampf um das Institut, die FRELe HEiDe und gegen die Kriegsbeteiligungen der Bundeswehr haben mich wieder in die Parteipolitik gebracht. Seit 2003 bin ich im Landesvorstand der PDS/DIE LINKE. Von 2005 bis 2011 war ich stellvertretende Landesvorsitzende. Seit 2005 bin ich Abgeordnete im Bundestag und agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Von 2006 bis 2009 war ich als frauenpolitische Sprecherin und seit 2011 als Leiterin des Arbeitskreises Infrastruktur und Haushalt Mitglied des Vorstands meiner Fraktion.

Dr. Kirsten Tackmann (MdB)

## Für eine nachhaltige Agrarpolitik

Mit Leidenschaft für lebendige ländliche Räume

Als Tierärztin lag es natürlich nahe, dass ich 2005 nach meinem überraschenden Einzug in den Bundestag Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft wurde, der unterdessen die Reihenfolge der Politikbereiche im Namen geändert hat, weil das Bundesministerium vom schwarz-roten BMVEL zum schwarz-gelben BMELV wurde. Es war ein turbulenter Einstieg in die Fachpolitik. Nicht nur, weil ich ein Jahr lang die einzige Vertreterin der LINKEN im Ausschuss war, sondern auch, weil in diesem ersten parlamentarischen Jahr der „Gammelfleisch“-Skandal, die Vogelgrippe und diverse andere Ereignisse dazu führten, dass ich unfreiwillig auf Platz drei der häufigsten Redner\_innen im Bundestag landete. Und auch wenn ich in der 17. Wahlperiode lange nicht mehr so oft ans Pult treten musste, weil es vier LINKE MdB im Ausschuss gab, blieben reale, gefühlte oder inszenierte Lebensmittel-Skandale parlamentarischer Alltag. Leider, denn es ist ungerecht, dass dieser so wichtige Politikbereich nur über Negativschlagzeilen wahrgenommen wird. Als LINKE lehnen wir sowohl die schwarz-gelbe Seligsprechung als auch den grünen Pranger für die gesamte Branche ab. DIE LINKE fordert einen neuen gesellschaftlichen Konsens für eine nachhaltige Agrarwirtschaft und unterstützt den dafür notwendigen sachlichen Dialog. Es geht um eine sozial-ökologisch ausgerichtete Agrarwirtschaft, die als wichtige Säule für lebendige ländliche Räume und zur sicheren, bezahlbaren Versorgung mit Lebensmitteln und Energie dringend gebraucht wird. Dafür soll sie sich auf ihre Versorgungsfunktion rückbesinnen, sich wieder

Es geht um eine sozial-ökologisch ausgerichtete Agrarwirtschaft, die als wichtige Säule für lebendige ländliche Räume und zur sicheren, bezahlbaren Versorgung mit Lebensmitteln und Energie dringend gebraucht wird. Dafür soll sie sich auf ihre Versorgungsfunktion rückbesinnen, sich wieder

tes und bezahltes Personal sowie faire Arbeitsbedingungen. Statt kleine gegen große, konventionelle gegen Ökolandbau-Betriebe auszuspielen, muss es um die Qualität der Bewirtschaftung von Äckern, Ställen, Teichen und Wäldern und um Betriebe gehen, die vor Ort verankert sind und nicht



gung mit Lebensmitteln und Energie dringend gebraucht wird. Dafür soll sie sich auf ihre Versorgungsfunktion rückbesinnen, sich wieder

Qualität der Bewirtschaftung von Äckern, Ställen, Teichen und Wäldern und um Betriebe gehen, die vor Ort verankert sind und nicht



stärker auf regionale Stoffkreisläufe orientieren und mit der Natur wirtschaften, statt gegen sie. Dazu gehören auch gut ausgebildete

in die Hände von Kapitalheuschrecken geraten dürfen.

Dr. Kirsten Tackmann (MdB)

## Für mehr Lebensqualität im Brandenburger Nordwesten



### Wahlkreis 56

Hier kandidiert Dr. Kirsten Tackmann in den Ämtern Friesack und Rhinow. Zum Amt Friesack gehören die Gemeinden Friesack, Mühlenberge, Paulinenaue, Pessin, Retzow und Wiesenaue. Im Amt Rhinow sind die Gemeinden Gollenberg, Großderschau, Havelaue, Kleßen-Görne, Rhinow und Seeblick vereint.

## Zur Person: Harald Petzold

### Grau, aber jugendlich

„Schaut nicht auf meinen grauen Kopf, was stört euch der? Denn meine Seele ist noch jung!“ heißt es in einem meiner jiddischen Lieblingslieder vom Frühling, der wie ein Katzensprung vergeht. Deshalb stören Sie sich nicht

sie wollen. Ich sage: Gerade deshalb wählen gehen! DIE LINKE hat bewiesen: Sie packt nach der Wahl an, was sie davor verspricht. Ob für Arbeitsplätze, Rentenangleichung, gegen Hartz IV oder Bundeswehr-Einsätze. Sie ist glaubwürdige Alternative zu

und Frische. Aber zahlreiche Veränderungen der letzten Jahre waren auch mit erheblicher Verunsicherung verbunden, hervorgerufen durch unsichere Arbeitsverhältnisse, explodierende Preise oder Entscheidungen über die Köpfe hinweg. Zwei Drittel der Menschen in unserem Land wünschen sich deshalb für ihr Leben Arbeit, von deren Lohn man gut leben kann, gleiche Chancen für alle Kinder auf gute Bildung und eine Grundversicherung, durch die niemand in Not gerät. DIE LINKE steht für ein solches gutes Leben für alle – mit flächendeckendem gesetzlichen Mindestlohn, einem solidarischem Renten- und Gesundheitssystem, Steuererhöhungen für Reiche und Vermögende, einem sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft, einer konsequenten Friedenspolitik und dem Abzug der Bundeswehr aus Auslandseinsätzen.

DIE LINKE will nicht nur



an meinen inzwischen 51 Lebensjahren und den grau gewordenen Haaren. Schauen Sie mir in die Augen und erleben Sie meinen jung gebliebenen Tatendrang für ein besseres Leben für uns alle. So, wie ich Veränderung in der Gesellschaft erreichen möchte, habe ich mich selbst in den letzten Jahren immer wieder verändert. Nach erfolgreichem Studium war ich zunächst Landtagsabgeordneter, danach Lehrer mit Leib und Seele an Gesamtschulen, später Büroleiter von Bundestagsabgeordneten, jetzt bin ich `Redenschreiber` eines Ministers. Was ich dabei lernen konnte, habe ich an andere weiterzugeben versucht. Ich habe zwei Patenkinder – Judith und Ana Laura. Auf beide bin ich sehr stolz. Auch sie stehen fest im Leben und werden ihren Weg gehen. In meiner knappen Freizeit spiele ich jiddische und klassische Musik, treibe Sport und bin gern unter Menschen.

**Wählen gehen!**  
Viele von Ihnen fragen, ob wählen etwas bringt, „die da oben“ machen ja doch, was

den Lobby-Parteien der Konzerne und Banken. Nur eine starke LINKE zwingt diese zum Politikwechsel. Das beweist die Mindestlohn-Diskussion. Gehen Sie deshalb

zur Wahl! Nehmen Sie Ihre Nachbarn mit! Wählen Sie DIE LINKE! Damit es gerechter zugeht im Land.

**Ein gutes Leben für alle**  
Wir leben in Zeiten ständiger Veränderungen. Grundsätzlich finden das viele Menschen gut. Veränderungen bedeuten oft Lebendigkeit

einen Wechsel der Regierung oder der politischen Farben an der Spitze. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen dieses Land verändern. Unser Programm dafür lautet: „100% sozial“. Das heißt auch: 100% vor Ort, 100% mit den Menschen, 100% für den Frieden!

Harald Petzold

## Mein Thema: Energiearmut verhindern!

### Energiekosten gerecht verteilen

Armut ist eine gesellschaftliche Realität in Deutschland. Auch auf dem Gebiet der Strom- und Wärmeversorgung. Für manche Haushalte machen Wohn- und Energiekosten inzwischen fast die Hälfte ihres Einkommens aus.

Das liegt nicht nur daran, dass wir in Brandenburg inzwischen die höchsten Strompreise und Netznutzungsgebühren zu zahlen haben. Sondern vor allem daran, wie der Strompreis gebildet wird und dass die privaten Verbraucher für die sogenannte stromintensive Industrie mitbezahlen, die von Umlagen und Zuzahlungen für Strom befreit ist. In Brandenburg sind das allein 51 Unterneh-

Sie fordert darüber hinaus die Vermeidung von Energiearmut. Dafür möchte sie die Energieversorger verpflichten, ein kostenfreies Sockel-Versorgungskontingent für Strom und Wärme einzuführen, das einen Teil des durchschnittlichen Verbrauchs abdeckt. Dies könnte nicht nur Energiearmut verhindern, sondern darüber hinaus zum Sparen anregen. Denn je weniger verbraucht würde, desto weniger müsste über das Sockelkontingent hinaus später dazugezahlt werden. Inzwischen fordern einzelne Politiker von SPD und CSU entweder ähnliche Maßnahmen oder wollen Strom-Sockelkontingente wenigstens von

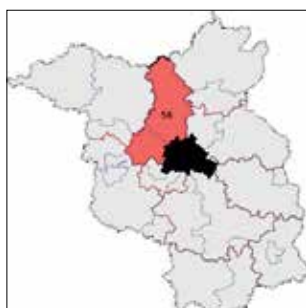


men, von denen nicht alle im internationalen Exportwettbewerb stehen. Die Bundesregierung änderte mehrmals das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG) und befreite selbst Banken, Golfplätze und Geflügelfarmen von den Kosten. Dies will ich ändern: Nicht die Großunternehmen, sondern die Verbraucher müssen von der Energiewende profitieren!

DIE LINKE fordert nicht nur die Abschaffung der ungerechtfertigten Privilegien.

der Stromsteuer freistellen. Darüber hinaus will DIE LINKE, dass für einen Übergangszeitraum alle privaten Haushalte von der Stromsteuer und der Ökostromumlage befreit werden, um erst einmal kurzfristig den Anstieg der Strompreise abzubremsen. Niemand darf wegen Zahlungsschwierigkeiten im Dunkeln oder Kalten sitzen müssen. Dafür werde ich mich mit aller Kraft einsetzen!

Harald Petzold



## Wahlkreis 58

Dazu gehören im Landkreis Havelland die amtsfreien Gemeinden Brieselang, Dallgow-Döberitz, Falkensee, Ketzin/Havel, Nauen, Schönwalde-Glien und Wustermark. Hier kandidiert Harald Petzold.

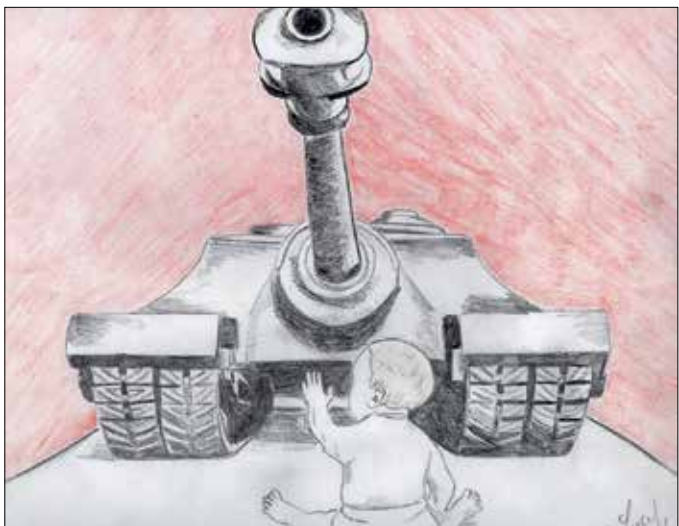
# Wissenschaft FÜR Menschen

Eine Zivilklausel für die Fachhochschule

Vor langer Zeit wurden Werkzeuge und Methoden entwickelt, die das Leben der Menschen erleichtern sollten - Pfeil und Bogen oder der

zen (können).

Das Problem der FH ist nicht klare Kriegsforschung sondern Studiengänge und Projekte, die sich in einer



Pflug, Mathematik oder der Buchdruck.

Das Problem: kluge Menschen wurden viel zu oft gezwungen, Waffen zu entwickeln. Schwerter aus Bronze später aus Stahl, Kanonen

Grauzone befinden. Zum Beispiel kann Informatik sowohl zum Hacken von Email-Accounts als auch zum Entwickeln neuer Computer-Spiele genutzt werden. Security Management kann zum Nie-

# Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?

Sexismus auf dem Arbeitsmarkt

Seit Jahren ist bekannt, dass Frauen durchschnittlich weniger Lohn und Gehalt bekommen als Männer. Diese Tatsache bezieht sich nicht nur, wie die meisten Menschen annehmen, auf die schlechte Bezahlung von Berufen, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, beispielsweise in der Pflege. Nein, auch wenn Frauen und Männer im selben Beruf tätig sind, verdient eine Frau häufig weniger als ihr männlicher Kollege.

Seit vielen Jahren gibt es Diskussionen über dieses Problem. Jährlich weisen Zehntausende Menschen am „Equal Pay Day“, dem internationalen Aktionstag für die

Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen, auf diesen Missstand hin. Doch der Lohnabstand zwischen den Geschlechtern hat sich nur um wenige Prozentpunkte verringert. Vor einigen Jahren bekam Deutschland bereits eine Rüge von der Europäischen Kommission, weil es trotz des hohen allgemeinen Standards eines der Schlusslichter im europäischen Vergleich der Lohngerechtigkeit unter den Geschlechtern ist. Frauen erhalten hierzulande im Schnitt 25% weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Im europäischen Durchschnitt sind es „nur“ etwa 15%.

Doch dies ist nur die di-

rekte, offensichtliche Form der Diskriminierung. Dieser wird zwar auf nationaler und europäischer Ebene versucht, durch Gesetze entgegen zu wirken, doch scheinbar nicht besonders effektiv. Die indirekte Diskriminierung von Frauen durch Abwertung von Pflege-Arbeit (80% der prekär Beschäftigten sind Frauen), Nicht-Einstellung, Nicht-Beförderung oder sexuelle Belästigung wird dagegen kaum thematisiert.

Wir fordern gleiche Bezahlung, Aufwertung von Pflege- und Reproduktionsarbeit und eine Frauenquote in sämtlichen Berufen.

*Linksjugend [ `solid ]*

Das Wahlrecht per Briefwahl kann auch direkt in der Wahlbehörde der Stadt Brandenburg (Nicolaiplatz 30, 1. OG, Raum 108) unter Vorlage des Personalausweises oder des Reisepasses wahrgenommen werden.

Öffnungszeiten: Mo 08:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 15:00 Uhr; Di 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 18:00 Uhr; Do 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 17:00 Uhr; Fr 08:00 - 12:00 Uhr.

# Einstieg in eine bessere Lebensqualität

Veganismus als Lebenseinstellung

In der heutigen Zeit ist das Gesundheits- und Ernährungsbewusstsein sehr ausgeprägt. Menschen treiben Sport, um sich fit zu halten. Sie machen Diäten, um schlank und gesund zu bleiben. Trotzdem fragen sich viele Menschen, warum sich jemand dafür entscheidet, VeganerIn zu werden.

Der Veganismus ist nicht nur eine Ernährungsform, wie viele denken, sondern eine Lebenseinstellung. Das bedeutet, dass niemand zu Schaden kommen darf. Egal ob Mensch oder Tier, niemand soll leiden. Vegane Einstellungen sind beispielsweise, bewusst einzukaufen, indem man nur regionale Produkte erwirbt, Kosmetikartikel benutzt, die nicht an Tieren getestet wurden und Textilien verwendet, die nicht von Tieren stammen bzw. Tier oder Mensch schaden. Ein weit verbreitetes Vorurteil ist jedoch, dass Veganismus nur

mit Ernährung zu tun hat. Im Gegensatz zur vegetarischen Ernährungsweise, die kein Fleisch beinhaltet, verzichtet der/die VeganerIn zusätzlich auf Milch, Eier, Honig und Lebensmittel mit tierischen Inhaltsstoffen. Doch wie lässt sich die vegane Ernährung und das Leben in der Stadt Brandenburg miteinander vereinbaren?

Merklich nimmt das Bewusstsein zur gesünderen Ernährung, ohne Produkte mit tierischen Inhalten, zu. Es gibt immer mehr Möglichkeiten, seinen Kühlschrank mit leckeren Produkten der veganen Küche zu füllen. So bieten einige Drogerie- und Lebensmittelmärkte kleine Produktsortimente an. Im Biomarkt ist die Auswahl wesentlich größer. Der Besuch in einem Brandenburger Restaurant kann jedoch schnell zum Problem werden, da oft nur die Wahl eines Salates mit Essig und Öl übrig bleibt.

Dabei ist es eigentlich gar nicht so schwierig, Gerichte ohne tierische Inhalte anzubieten. Es ist nur ein wenig Kreativität gefragt.

So kann beispielsweise ein leckeres Möhrencurry (eine Mischung aus Obst, Gemüse und Nüssen), eine Gemüsepaella oder eine Spaghetti Grünkernese (Spaghetti mit einer Soße aus Tomaten und Grünkernschrot) das Herz eines Menschen mit veganer Lebensweise höher schlagen lassen. Für einen deftigen Ton im Gericht oder als eine Art „Fleischersatz“ eignen sich Tofu, Seitan, Soja und Tempeh. Alles leckere und abwechslungsreiche Varianten, die häufiger in deutschen Restaurants und Kantinen auf den Teller kommen sollten, ohne dass man gesetzlich dazu gezwungen wird.

*Madeline Garbe und Stefanie Bollow*

**Waffenexporte  
verboten!  
Auslands-  
Einsätze  
beenden!**

**DIE LINKE.**

www.100-Prozent-sozial.de

und letztlich Massenvernichtungswaffen aus Viren, Giftgas oder Plutonium. BND, NSA und die anderen Geheimdienste schieben die STASI ins Kinderplanschbecken der Überwachung - die erhoffte Freiheit des Internets hat sich als Alptraum herausgestellt. Doch was hat das mit uns zu tun? Unabhängig davon, dass Frank-Walter Steinmeier 2002 die NSA ins Land holte, werden auch an der Fachhochschule Leute ausgebildet, die ihr Wissen für die dunkle Seite der Macht nut-

terschlagen von „WutbürgerInnen“ missbraucht werden, aber auch den Ausbruch von Massenpaniken auf Großveranstaltungen verhindern.

Die Debatte über eine Zivilklausel soll dafür Problembewusstsein schaffen und WissenschaftlerInnen dafür sensibilisieren, welche Folgen ihre Arbeit haben kann.

Wir fordern die Kontrolle von Drittmitteln, also Spenden der Wirtschaft, durch die gewählten VertreterInnen der Studierenden.

*Linksjugend [ `solid ]*

# Höherwertung wird zur Kernfrage

Gerechte Ost-Rente noch lange nicht in trockenen Tüchern

Hoch her ging es am 28. Juni im Bundestag, als die Rente Ost auf der Tagesordnung stand. Themen waren die Angleichung des Rentenwertes Ost an West, die Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen der Rentenüberleitung und der Vertrauensschutz für einstige DDR-Flüchtlinge bei der Altersversorgung. Dazu hatte DIE LINKE jeweils einen Antrag vorgelegt. Weitere Initiativen kamen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Union und FDP indes standen mit leeren Händen da. Frühzeitig hatte die Bundesregierung von ihrem diesbezüglichen Wahlversprechen und ihrem Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag Abstand genommen. Schon vor geraumer Zeit tat der Ost-Beauftragte kund, dass in absehbarer Zeit nichts für die Herstellung eines einheitlichen Rentenrechts geschehen wird.

Während es sonst nach

dem Motto ging: Alle gegen eine, nämlich DIE LINKE und ihre Forderungen zugunsten der Ostdeutschen, war diese Debatte von der geballten Kritik der drei Oppositionsfraktionen geprägt. Dass SPD und Grüne sich beim Thema Ost-Rente weder in ihrer Regierungszeit noch danach durch besonderes Engagement hervorgetan haben, wollten sie allerdings vergessen machen. Sollten beide Parteien wieder in Verantwortung kommen, dürften sie bei der Rentenangleichung schwer eine Übereinkunft erlangen. Die SPD ist für eine stufenweise Angleichung des Rentenwertes bis 2020. Dann könnte, so die Auffassung, auch die Höherwertung der ostdeutschen Löhne und Gehälter wegfallen. Die Grünen sind für eine sofortige Angleichung des Rentenwertes Ost an West bei sofortigem Wegfall der Höherwertung. Dabei

soll es zu keiner finanziellen Verbesserung für diejenigen kommen, die schon in Rente sind. Ganz im Regen würden diejenigen stehen, die noch weiter zu den niedrigeren Ostlöhnen arbeiten müssen. Auch aus der Union heißt es, dass nur eines machbar ist: entweder die Angleichung des Rentenwertes Ost an West – oder die Höherwertung der Ost-Einkommen.

Was hat es mit dieser Höherwertung auf sich? Damit würde das Gefälle zwischen den Löhnen in Ost und West für die Rentenberechnung ausgeglichen. Die Löhne aus DDR-Zeiten und auch die Löhne in Ostdeutschland werden dazu mit einem Faktor multipliziert. Später bei der Rentenberechnung kommen dann aber die unterschiedlichen Rentenwerte zur Anwendung – im Westen höhere als im Osten. Die Kritiker der Höherwertung rechnen vor,

dass es für gleich hohe Einkommen im Osten eine höhere Rente gibt. Allerdings: Für dieses Geld wird man im Osten länger arbeiten oder eine qualifiziertere Tätigkeit ausüben müssen. Dann wird noch mit den Lohnunterschieden argumentiert, die ja auch zwischen den westlichen Bundesländern existieren. Hierzu ein Blick auf die Bruttomonatsverdienste von 2012 im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich: Schleswig-Holstein ist mit 3.157 Euro Schlusslicht im Westen. Brandenburg, obwohl an der Spitze der ostdeutschen Länder, weist lediglich 2.742 Euro auf.

Gruppen, die im Zuge der Rentenüberleitung benachteiligt und diskriminiert wurden, finden bei den anderen Parteien kaum noch Erwähnung. SPD und Grüne plädieren zwar für ein Rentenüber-

leitungsabschlussgesetz, das über einen Härtefallfonds den Gang zum Sozialamt ersparen soll. Das ist löblich, aber nicht genug. Armut verhindern und Lebensleistung anerkennen – darum geht es. Ob Krankenschwestern, Eisenbahner, geschiedene Frauen, Postbeschäftigte, Pädagogen, Ingenieurinnen oder Polizisten, für alle müssen endlich gerechte Lösungen her. Das fordern wir ebenso im Wahlprogramm wie die zügige Angleichung des Rentenwertes Ost an West. Die Höherwertung muss, solange es noch starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt, beibehalten werden. Die Debatte hat gezeigt, dass dies zur Kernfrage in den weiteren Auseinandersetzungen wird.

*Dr. Martina Bunge (MdB) und  
Brigitte Holm (Referentin)  
Fraktion DIE LINKE im  
Deutschen Bundestag*

## Absolute Mehrheit

NichtwählerInnen beeinflussen Wahlergebnisse

Die Wahlbeteiligung in Deutschland ist seit 1949 tendenziell gesunken. So hat sich der Anteil der NichtwählerInnen bei Bundestagswahlen von 1972 (8,9%) bis zu den letzten Wahlen 2009 (29,2%) mehr als verdreifacht. Bei Landtags- und Europawahlen sind die NichtwählerInnen mittlerweile regelmäßig die stärkste „Partei“. Bei den Landtagswahlen in Brandenburg 1999 „erreichten“ sie 45,7%, bei den Europawahlen 2004 mit 57% sogar die „absolute Mehrheit“.

Auch wenn man sich darüber streiten kann, ob die parlamentarische die höchste Form der Demokratie, also Volksherrschaft, ist, so sind Wahlen doch ein Kernbereich demokratischer Staaten. In Wahlen verleihen die BürgerInnen als demokratischer Souverän ihre legislative (gesetzgebende) und exekutive (vollziehende) Gewalt für eine bestimmte Zeit (Legislaturperiode). Neben anderen politischen Beteiligungsmöglichkeiten ist die Wahl somit einer der wichtigsten politi-

schen Akte in einer Demokratie.

Die Gründe, nicht wählen zu gehen, sind so unterschiedlich wie die Menschen selbst. Die häufigsten Erklärungsversuche sind Desinteresse, Protest, Parteien- und Politikverdrossenheit sowie Unzufriedenheit mit dem politischen System. Doch nehmen NichtwählerInnen tatsächlich keinen Einfluss auf die politischen Machtverhältnisse?

Die Sitze im Parlament werden auf Grundlage der abgegebenen gültigen Stimmen verteilt. Durch eine geringere Wahlbeteiligung verringert sich auch die Basis, auf die sich der relative Anteil einer Partei bezieht. Ein hoher NichtwählerInnen-Anteil kann somit einer Partei mit einem stabilen WählerInnen-Potential über die 5%-Hürde helfen oder ihr die absolute Mehrheit beschaffen. Damit beeinflussen NichtwählerInnen sehr wohl das Ergebnis einer Wahl.

*Daniel Herzog*

## „Resozialisieren oder Wegsperrren?“

Podiumsdiskussion mit Diana Golze im Fontaneklub

„Nichts ist so stark wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist“, zitierte Diana Golze den französischen Schriftsteller Victor Hugo am 2. September auf dem Podium im Gelben Salon des Fontaneklubs. Damit warb das Mitglied der Kinderkommission des Deutschen Bundestages und Direktkandidatin der LINKEN im Wahlkreis 60 zur Bundestagswahl um Unterstützung für ihr Engagement zur Stärkung von Kinderrechten und deren Festschreibung im Grundgesetz.

Golze spannte damit einen Bogen von der Resozialisierung von Strafgefangenen zur Prävention schon im Kindesalter. Gemeinsam mit Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE), Minister der Justiz des Landes Brandenburg, und Dr. Andreas Bernig (DIE LINKE), stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Brandenburg, war sie der Einladung des LINKEN-Kreisverbandes Brandenburg an der Havel zur Podiumsdiskussion unter dem Motto „Resozialisieren oder

Wegsperrren?“ gefolgt, gut 40 Interessierte besuchten die Veranstaltung.

Schöneburg erläuterte Teile des am 1. Juni dieses Jahres in Kraft getretenen neuen Strafvollzugsgesetzes des Landes

Schlagzeilen und Angst sorgenden Pädophilen und die Veröffentlichung eines Buches durch den in der Brandenburger Justizvollzugsanstalt wegen Volksverhetzung einsitzenden Rechtsextremisten Horst Mah-



*Diana Golze (MdB), Dr. Volkmar Schöneburg (Justizminister), Ilona Friedland, Dr. Andreas Bernig (MdB) (alle DIE LINKE)*

*Foto: Werner Müller*

Brandenburg und die stärkere Orientierung auf den sogenannten Behandlungsvollzug, also die Vorbereitung auf die Entlassung und das Leben „draußen“ schon mit Beginn der Haft. Die Fragen der Anwesenden drehten sich um das Wohngruppenkonzept, das Verhältnis zwischen Polizei und Justiz und die Ersatzfreiheitsstrafe bei Nichtbezahlen von Geldstrafen.

Natürlich nahmen der Fall des vor wenigen Wochen für

ler einen großen Raum in der Diskussion ein. Erfreulicherweise blieb die Debatte trotz dieser emotional aufgeheizten Themen stets sachlich. „Jeder Euro, den ich heute in der Kinder- und Jugendarbeit einspare, kostet mich später sechs Euro für Unterbringungskosten, Therapien usw.“, bekräftigte Golze noch einmal ihren präventiven Ansatz zur Kriminalitätsvermeidung.

*Daniel Herzog*

# Wir haben unsere Nachbarn nicht vergessen

Hochwassergeschädigte brauchen unsere Hilfe

Fischbeck an der Elbe, nicht weit von Genthin: Der Montag war erst zwei Minuten alt als der Deich am 10. Juni diesen

Wassermassen, verloren ihren Kampf am 11. Juni dann leider doch. Am Ende waren nicht nur alle Gemeinden

nun steht der Zeitpunkt eines möglichen Verkaufes in den Sternen. Ein anderer musste zusehen, wie sein direkt hinter dem Deich neu errichtetes Haus zusammensackte wie eine unterspülte Sandburg. Ein plötzlich Obdachloser aus Klietz war extra nach Fischbeck gereist, um die Stelle zu besichtigen, an der die Elbe stärker war als die Menschen. Das ist jetzt einige Wochen her, zahlreiche Landes- und BundespolitikerInnen haben vor Ort ihr Mitgefühl geäußert und schnelle Hilfe versprochen.

tion, dass die Eigenleistungen nicht anerkannt werden. Und wer weiß was der „Amtsschimmel“ sich noch einfallen

kann seine Spende auf das unten stehende Konto einzahlen. Als Verwendungszweck ist unbedingt immer die je-



Bodo Ladwig, Bürgermeister von Fischbeck/Wust

Foto: Werner Müller



Circa 1,5 m hoch stand das Elbewasser im Wohnzimmer

Foto: Werner Müller

Jahres brach. Augenblicklich ergossen sich Tausende Kubikmeter Elbwasser in die Region; am Ende sollten es Millionen werden. Gerade noch rechtzeitig konnten die BewohnerInnen der kleinen Gemeinde Fischbeck gewarnt werden. Früh am Morgen musste die Bahnstrecke Berlin – Hannover gesperrt werden. Da waren die Bundesverkehrsstraßen 107 und 188 schon nicht mehr passierbar. Auch Schönhausen und Ka-

um Wust und Fischbeck vom Wasser eingeschlossen, auch nördlicher gelegene Orte wie Schönhausen, Klietz, Schönfeld, Kammern, Wulkow und andere würde bald das gleiche Schicksal ereilen. Eine kühne Idee half letztlich den geplagten AnwohnerInnen der Elbgemeinden. Drei schrottreife Schiffe wurden am Deichbruch versenkt. Inzwischen schützt eine Spundwand provisorisch vor weiteren Überraschungen.

Am 22. August habe ich den parteilosen Bürgermeister Bodo Ladwig besucht. Er ist schon seit mehreren Legislaturperioden für DIE LINKE im Amt. Mitten im Ort steht sein eigenes Haus. Nach der Katastrophe hat er fünf Tage nicht geschlafen. Auch heute hat der umtriebige Rinderzüchter und Bürgermeister kaum eine Minute Ruhe, denn noch immer haben nicht alle Menschen die versprochene Soforthilfe erhalten. Große Hilfe erhielten die Menschen in Fischbeck von Firmen, die Waschmaschinen und Wäschetrockner zur Verfügung stellten, aber auch Lebensmittel und Mittel für die Körperreinigung sowie -pflege wurden gespendet. Andere Sachspenden waren aber leider auch oft für den Sperrmüll.

lässt, um die versprochene Summe zu minimieren ... wieder auf Kosten von Bedürftigen.

weilige Person oder Familie anzugeben, an die die Spende gehen soll. Nur dann wird die Person oder die Familie das Geld auch erhalten, für die es gespendet wurde.

Die Medien haben sich mittlerweile wieder anderen Themen zugewandt, doch die gesamte Region steht erst am Beginn der Beseitigung der Flutschäden. Die Betroffenen brauchen gerade jetzt unsere Hilfe. Auch GenossInnen und für DIE LINKE tätige Menschen benötigen Unterstützung. Die LINKEN-Kreisverbände Sten-

Die am stärksten geschädigten Flutopfer, die unsere Hilfe dringend benötigen sind:  
 • Bodo Ladwig aus Fischbeck,  
 • Jürgen Bastek aus Wust,  
 • Claus Schönberg aus Schönhausen sowie  
 • Marianne und Peter Köpcke aus Klietz.



Dieses Haus hielt den Wassermassen nicht stand

Foto: Werner Müller



Durchnäster Hausrat in den Straßen von Fischbeck

Foto: Werner Müller

belitz waren längst überflutet. In dem etwa 10 km von der Elbe entfernten Wust kämpften die BewohnerInnen und HelferInnen noch gegen die

Einzelschicksale: Ein Fischbecker hatte kurz vor dem Hochwasser sein Heim auf Vordermann gebracht, weil er es veräußern wollte –

Fast neun Wochen nach der Katastrophe ist die Hilfe für die Flutopfer von Landes- und BundespolitikerInnen beschlossen. Je Grundstück sollen bis zu 80% der Schäden übernommen werden. Viele Menschen im Elbe-Havel-Dreieck sind aber skeptisch. Wer selbst schon begonnen hat, seine eigenen vier Wände instand zu setzen, um schnell wieder normal leben zu können, steht jetzt vor der Situa-

dal und Brandenburg an der Havel wollen gemeinsam gezielte Hilfe organisieren. Wer sicher sein will, dass seine Hilfe das Ziel auch erreicht,

Wir bedanken uns im Namen aller für jede Spende, jeder Euro hilft.

Werner Müller

Empfänger: Landkreis Stendal - Konto-Nr.: 10 10 15445 - BLZ: 8 1050555

Verwendungszweck: Hochwasserhilfe

zweckgebunden für Name und Ort



# **Glosse** Die Lauscher auf! Oder: Im Westen nichts Neues

(Lausch-)Angriff als beste Verteidigung – aber gegen wen?

Kommt Ihnen der Text eines alten Pionierliedes nicht auch erstaunlich aktuell vor? „Die Wiese blüht, die Tanne rauscht; sie tun **geheimnisvoll (!)**. Frisch das Geheimnis abgelautet, das uns beglücken soll...“ Ja, ihr Jungs vom amerikanischen NSA und dem Deutschen BND – wenn ihr es doch mal bei Wiese und Tanne belassen hättet! Aber das bringt ja keine Punkte im globalen konspirativen Wettbewerb um Macht und Mone-

ten. Doch es wäre naiv zu glauben, die Schlapphüte der Geheimbünde seien da einfach der Versuchung erlegen, uns mit raffinierter Spähsoftware von „Prism“ bis „Tempora“ millionenfach auf die Festplatte zu gehen. Nein, die Befriedigung dieser informellen Neugier ist politisch genau so gewollt! Natürlich nur zur Terrorbekämpfung, versteht sich. So wird Demokratieverlust zum Kollateralschaden

und Schröders gelobte uneingeschränkte Solidarität mit den USA mausert sich zur eingeschränkten Souveränität von den USA.

Zwar ist im Moment die Panik im politischen Hühnerstall hierzulande groß, aber – Untersuchungsausschuss hin, parlamentarisches Kontrollgremium her – da alle Politiker von Merkel abwärts unter partieller bis kompletter Amnesie leiden, wird das Spiel munter weiter gehen: Ich lausche bei dir und du bei mir und alle untereinander, selbstredend streng rechtsstaatlich!

Man liebt den Verrat, nicht aber den Verräter, und so wird der couragierte Edward Snowden unter höchster Strafandrohung weiter weltweit gejagt werden ... von Friedensnobelpreisträger Barack Obama!

Warum eigentlich hört man in diesen Tagen kaum etwas von den an DDR-Mielke

gewachsenen Ex-Bürgerrechtlern? Vielleicht ist deren Demokratieanspruch durch den angedeuteten US-Verzicht auf Folter und Todesstrafe (!) für Snowden ja schon befriedigt, obgleich: 120 Jahre Haft sind natürlich immer noch drin ...

Apropos Demokratieanspruch: In Brandenburg an der Havel soll ja der Bau-Beigeordnete Brandt eine ausgesprochene Renitenz entwickeln, wenn es um das Begehren von Akteneinsicht durch Stadtverordnete geht. Vielleicht könnten die lokalen Parlamentarier einfach mal Verbindung zu NSA oder BND aufnehmen. Unter Umständen ließe sich sogar das Tiemannsche Kabelnetz anzapfen?! War nur so eine Idee...

Zum Schluss die gute Nachricht: Ihr Hausarzt steht nicht automatisch unter Spionageverdacht, nur weil er Ihre Bronchien abhören möchte.

*Ha-Jo. Lass*

# Rote Karte für die Medien

Wie man DIE LINKE schlecht aussehen lassen kann

Niemand wird wohl das Online-Portal „Wirtschaft und Gesellschaft“ verdächtigen, besonders linkenfreundlich zu sein. Umso bemerkenswerter sind die Ergebnisse einer dort durchgeführten Untersuchung: Das Portal stellt nämlich eine massive Benachteiligung der Linkspartei durch die Medien fest. Bezogen auf den prozentualen Anteil von linker Wählerschaft an der Gesamtbevölkerung kämen Interviews mit linken Politikern viel zu selten vor und würden linke Positionen viel zu selten öffentlich gemacht. Überproportional häufig seien dagegen SPD und Grüne vertreten, von den Regierungsparteien ganz zu schweigen. Gründe für diese selbst auferlegte Abstinenz vieler Medien gegenüber linken Themen nennt das Portal nicht. Da mag Ignoranz im Spiel sein und vorauseilender Gehorsam, Lobbyismus und mangelnde Courage, die herrschende Definitionsmacht öffentlich in Zweifel zu ziehen.

Auf lokaler Ebene nehmen solche Motive oftmals skurrile bis lächerliche Züge an. Ein Beispiel gefällig? Da zeigt die MAZ demonstrativ Sympathie für ein altes Wahlplakat mit dem Konterfei eines ehemaligen Bürgermeisterkandidaten der Stadt Brandenburg an der Havel, das seine blassrosa Genossen aus der Mottenkiste geholt und wiederaufbereitet haben. Um darauf hinzuweisen, wer ihrer Meinung nach in der Stadt eigentlich

das Sagen haben sollte. Man stelle sich einmal folgende Bildunterschrift vor: „Ein Phantom der SED-Nachfolgepartei SPD, das seine Arbeit, trotz gemischter Bilanz, als erfolgreich ansieht.“ Undenkbar, weil dummdreist und extrem tendenziös? Da kennen Sie aber die Provinzpresse schlecht! Mit genau diesen Worten – von der SPD-Zugehörigkeit einmal abgesehen – wurde, verteilt auf mehrere Beiträge, der linke Sozialbeigeordnete der Stadt Brandenburg bedacht, als er noch nicht einmal 100 Tage im Amt war.



Noch ein Beispiel? Die Spitzenkandidatin der LINKEN für Brandenburg an der Havel und

Umgebung, Diana Golze (siehe S. 3), im Gegensatz zu ihren Mitbewerbern aus SPD und CDU ein echtes Gewächs unserer Region, wurde in der MAZ mit der Aussage zitiert, Frank-Walter Steinmeier sei eigentlich nie so richtig im Brandenburgischen angekommen, was auch sein Zweitwohnsitz im piekfeinen Berlin-Zehlendorf zeige. Diese Meinung glaubte die MAZ durch Steinmeiers Antwort lächerlich machen zu können: „Da fällt mir nichts dazu ein.“ Einer objektiven Berichterstattung wäre man sicher näher gekommen, wenn man Steinmeiers Wahlkreiszuordnung als das dargestellt hätte, was sie tatsächlich ist: ein rein wahltaktischer Schachzug.

*Dr. Uta Sändig*

# Mehr Freiraum für die Jugend

Plan für Neunutzung der Sprengelhalle

Seit Jahren ist die Forderung nach mehr Freiraum für die Jugend ein sehr brisantes Thema in Brandenburg. Aktuell besteht wieder die Möglichkeit, einen neuen subkulturellen Raum in einer Stadt zu schaffen, die der Jugend nicht viel zu bieten hat.

Bei dem Objekt handelt es sich um die seit August von der Konrad-Sprengel-Schule nicht mehr genutzte Sprengelhalle im Stadtteil Nord. Die sonst zu Abriss oder Leerstand verurteilte Halle könnte als neuer Jugendtreffpunkt, vor allem für die rollende Bevölkerung (Skateboard- und BMX-FahrerInnen), gestaltet und etabliert werden. Die Verwirklichung eines solchen Vorhabens wird seit Jahren durch VertreterInnen der Szene, sowie unter anderem

der Sozialarbeiterin der Jugendkulturfabrik (JuKuFa) Stefanie Grabow angestrebt.



*Bugatauglich eingewachsen - die Sprengelhalle*

gern, passiert ist bis heute - nichts. Unterstützt durch die Linksjugend schaltet sich

*Foto: Werner Müller*

Die CDU versprach bereits in ihrem Kommunalwahlprogramm von 2008, die Bedingungen für Skateboard- und BMX-FahrerInnen in der Havelstadt zu verbes-

DIE LINKE nun ein, um dem Wunsch nach mehr Freiraum für Jugendliche in unserer Stadt gerecht zu werden.

*Linksjugend [`solid]*

Wenn der Mensch den Menschen braucht ...  
Bestatter und Trauerredner  
Wolfgang Benatz  
Friedensritze Bestattungen  
Brandenburg - Hochstraße 8  
☎ Tag und Nacht 03 381-70 17 95

**TRENNER**  
Bausanierung UG  
Mauerwerksarbeiten und Injektionen  
Mauer- und Putzarbeiten sowie Abdichtungen  
Neuendorfer Straße 59 · 14770 Brandenburg an der Havel  
Telefon 0 33 81 · 22 44 10 · E-Mail trennerbau@email.de

# Der Osten wählt **ROT**. Klar!

*Hallo Leute,*

in wenigen Tagen wird der Bundestag gewählt und ick bin nahe daran, mir den Urnengang zu sparen. Es läuft ja doch wieder auf Angie Murkel hinaus, wie mein Freund Fritze unsere Bundesmutter immer nennt. Wobei „Mutter“ ein Titel ist, den se weder biologisch noch charakterlich verdient hat. Eigentlich hatte ick mir ja vorgenommen, nur dann wählen zu gehen, wenn Udo Walz, mein prominenter Kollege von der frisierenden Zunft, es schafft, unserer Angie mal eine rasante Frisur zu verpassen. Aber da hat se wohl ihren eigenen Kopf und will auffällig unauffällig bleiben. Deren Schneiderin möchte ick übrigens auch nicht sein. Diese ewigen Blazer! Kreativ geht anders. Sogar in Bayreuth erscheint se in neutralem Blau: Deutsche Wertarbeit, aber ohne Pfeffer. Apropos Bayreuth: Würde mich ja mal interessieren, ob das für Angie ein Pflichtterminus ist oder ob se diesen Wagner-Bombast wirklich mag, quasi als Kontrastprogramm zu ihrer Leidenschaftslosigkeit in punkto Outfit. Angeblich soll ja sogar Karl Lagerfeld seiner Bundeskanzlerin eine Modeberatung angeboten haben. „Aber sie will ja keine Ratschläge“, soll er jeseufzt haben.

Irgendwie passt ja Angies Modeschmack auch prima ins Programm: Beruhigungspille der Nation. Wer Merkel

wählt, kann sich getrost zurücklehnen und weiter schlafen – oder sich bei Bedarf als Meister fühlen, wenn er sich die „Meistersinger“ reinzieht. Die Katastrophen finden anderswo statt. Ick sage mal: Sowat kann auf die Dauer nicht jut jehn.

In den Medien kloppen sich unterdessen die Mitbe-



werber. Aber wie sagte schon meine Oma: „Wat inne Zeitung steht, da wickle ick morgen meinen Fisch mit ein.“ Pardon, die „Havelbrandung“, in die ick mal wieder meinen Senf dazu jeben darf, ist natürlich nicht jemeint. Die liegt neuerdings auch bei uns inne „Scharfe Schere“ aus. Guckt euch doch mal die drei linken Kandidaten an; dit sind wenigstens Charakterköpfe. Und rackern tun die für ihr Amt, hab ick mir sagen lassen. Wegen die jeh ick vielleicht doch zur Wahl.

Diesen juten Vorsatz hat

*Eure Bella Branne*

## Begabt, aber arm

Welche Erfahrungen begabte Kinder aus armen Familien machen, davon erzählt Nicole Glocke in ihrem jüngst erschienenen Buch „Wir Kinder von Hartz IV“. Sie stellt drei Familien vor, in denen begabte Kinder leben und den Willen haben, aus ihrer schwierigen sozialen Situation herauszukommen. Es sei gar nicht so einfach gewesen, Familien zu finden, die ihre Lage bereitwillig schildern würden, sagt die Autorin.

Für eine Familie findet sich eine vermögende Gönnerin, die die Tochter finanziell unterstützen will. Warum das Mädchen dieses Angebot letztlich doch ausschlägt, wird in dem Buch erzählt. In einer anderen Familie, diesmal mit Migrationshintergrund, kämpfen die Eltern

erfolgreich darum, dass ihre Tochter ein Gymnasium besuchen darf. Zunächst hatte die Schule für das Mädchen keine Empfehlung ausgesprochen, weil der geforderte Notendurchschnitt um 0,1 verfehlt worden war. Das Probejahr am Gymnasium schaffte die Tochter dann.

Diese und weitere Beispiele haben ihr gezeigt, so Nicole Glocke auf einer Buchlesung, zu der Dagmar Enkelmann (MdB, DIE LINKE) eingeladen hatte, dass es nicht nur die finanzielle Situation ist, die den Zugang zur Bildung erschwert, sondern vor allem die fehlende Chancengerechtigkeit und auch tief verwurzelte Vorurteile.

*Bärbel Mierau  
Wahlkreisbüro Dagmar  
Enkelmann (MdB)*

## Wussten Sie schon, ...

...dass jeder Nichtwähler letztlich den Wahlgewinnern in die Hände spielt? Schon ABBA sang: „The Winner Takes It All“ (frei übersetzt: Der Gewinner saht ab).

...dass „Politik der Spielraum ist, den die Wirtschaft ihr lässt“? So jedenfalls formulierte es einmal der Kabarettist Dieter Hildebrandt, der für seinen Durchblick bekannt ist.

...dass „im Duell zwischen juristischen und ökonomischen Entscheidungen immer die Ökonomie die Oberhand behält.“ So lautet das Fazit von Gregor Gysi aus seinen diesbezüglichen Lebens- und Berufserfahrungen.

...dass sich mittlerweile nicht nur alle Parteien die Forderung der LINKEN nach einem flächendeckenden Mindestlohn zu eigen gemacht haben, sondern auch viele Arbeitgebervertreter. In einer Umfrage unter letzteren wurde als

existenzsichernder Stundensatz ein Betrag genannt, der nur knapp unter den von der LINKEN geltend gemachten 10,00 Euro pro Stunde liegt. Damit überholten die Arbeitgeber die Forderungen von SPD, Gewerkschaften und Grünen „von links“.

...dass sogar LINKE und FDP etwas gemeinsam haben: Sie fordern eine Steuerentlastung für die kleinen Leute durch Umverteilung. Allerdings unterscheiden sie sich in dem Weg, wie sie umverteilen wollen: Während DIE LINKE die Reichen und Superreichen stärker zur Kasse bitten will, fordert die FDP, dass der Bund den Ausgleich für die reduzierten Steuern herbeischaffen möge. Wie man den Bund kennt, würde er diese Forderung an die Kommunen weitergeben – aber auf wessen Kosten sollen die klammen Kommunen noch Leistungen kürzen? Vermutlich

auf Kosten der kleinen Leute. ...dass nur die Linkspartei konsequent gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr ist, die ja auch vom deutschen Volk mehrheitlich abgelehnt werden? Für diese Einsätze durfte der Steuerzahler übrigens seit 1992 ca. 17 Milliarden Euro blechen. Da fragt man sich doch, was aus dem hehren Motto der Wendezeit „Frieden schaffen ohne Waffen“ geworden ist. ...dass der Lagerwahlkampf oft nichts weiter ist als Theaterdonner mit Show-Effekten? Denn spätestens die Sachzwänge während der Koalitionsverhandlungen führen dazu, dass Wahlversprechen zurückgenommen werden müssen – aber das wussten die zukünftigen Verhandlungspartner eigentlich schon vorher.

*Wilfried Weise und  
Dr. Uta Sändig*

## Neuer Ministerpräsident – gleiche Koalition

Der Koalitionsvertrag steht, ohne Wenn und Aber

Noch vor der Sommerpause hatte wohl niemand damit gerechnet, dass unser Land ab dem 28. August mit Dietmar Woidke einen neuen Ministerpräsidenten hat und dass das Amt des Innenministers nun von Ralf Holzschuher bekleidet wird. Matthias Platzeck hat aus gesundheitlichen Gründen die Reißleine gezogen, konsequent, aber ohne um diesen Schritt „viel Sums machen zu wollen“ – so seine eigenen Worte. Dafür gebührt ihm unser Respekt.

Heißt das jetzt für das Land Brandenburg: „Alles auf Start“? Nein, selbstverständlich nicht. Die rot-rote Landesregierung bleibt bis auf diesen Wechsel dieselbe.

Mit Matthias Platzeck ist aber jemand gegangen, der Brandenburg seit 1990 mit gestaltet und unverkennbare Spuren hinterlassen hat. In so jemandes Fußstapfen zu treten ist eine Aufgabe, in die man hineinwachsen muss. Platzeck hat, wie zuvor Manfred Stolpe und Regine Hildebrandt, für den Zusammenhalt der Gesellschaft

gewirkt und diesen Zusammenhalt auch vorgelebt. Er war es, der entschieden hat, mit der LINKEN – gegen viele Widerstände – eine Koalition einzugehen und damit für die Mehrheit der Brandenburger ein Signal für den Erneuerungswillen aus der Mitte der Gesellschaft heraus zu setzen.

Christian Görke, Fraktionsvorsitzender der LINKEN-Landtagsfraktion, sagt über den neuen Ministerpräsidenten: „Mit Dietmar Woidke tritt einer seine Nachfolge an, den wir aus gemeinsamer Arbeit schätzen. Die Arbeit mit der SPD am Koalitionsvertrag und für ein solidarisches Brandenburg wird ohne Bruch weitergehen. In den vergangenen vier Jahren haben wir gemeinsam viel erreicht. Brandenburg hat neue Prioritäten gesetzt und sich auf den Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit gemacht – Schüler-Bafög, Vergabegesetz, bundesweites Streiten für Mindestlohn und gute Arbeit, für Solidarität und ein Leben miteinander, bunt, ge-

gen braunen Ungeist, immer vornan.“

Die MinisterInnen der LINKEN in der Landesregierung, Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident Helmuth Markov, Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers, Umweltministerin Anita Tack und Justizminister Volkmar Schöneburg haben erklärt: „Wir sind überzeugt, dass wir die erfolgreiche Koalitionsarbeit mit den Sozialdemokraten in dieser Atmosphäre weiterführen und die politischen Schwerpunkte des Koalitionsvertrages umsetzen werden. Dazu zählen unter anderem die Vorhaben zur Wirtschaft, für solide Finanzen, zu Wissenschaft und Bildung, zur Nachhaltigkeit und der Justiz. Wir werden mit Dietmar Woidke als Nachfolger Matthias Platzecks weiter vertrauensvoll zusammenarbeiten.“ Diese Überzeugung teile ich als Mitglied des Brandenburger Landtags voll und ganz.

*René Kretzschmar  
(MdB, DIE LINKE)*

## Porträt

Dr. Wolfgang Erlebach, neuer Sozialbeigeordneter der Stadt Brandenburg

**HB:** Was war Dein erster Eindruck, nachdem Du das Amt übernommen hast?

**W.E:** Ich habe sehr schnell einen Eindruck davon bekommen, was Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge aus dem Blickwinkel der Verwaltung bedeutet. Und Brandenburg kann dabei ja nicht aus dem Vollen schöp-

wieder zurück zu einer vernünftigen Streitkultur findet.

**HB:** Gibt es Sachgebiete oder Projekte, die vorrangig zu unterstützen sind?

**W.E:** Meine Antwort fällt zunächst etwas allgemeiner aus. Ich möchte die Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Blick behalten und vorrangig das unterstützen, was die-

rungen.

**HB:** Welches ist das größte Problem?

**W.E:** Natürlich das Geld. Das spürt man von der kleinsten Projektförderung bis zur Personalausstattung der Verwaltung. Aber es herrscht kein Ausnahmezustand. Bei einem vernünftigen und vertretbaren Sparkurs haben wir in 3 bis 4 Jahren wieder größere Spielräume für freiwillige Dinge. Dabei gilt auch, Schwerpunkte setzen ohne neue Schulden zu machen, verlangt Einsparungen an anderen Stellen.

**HB:** Dein erstes Fazit nach etwa 100 Tagen im Amt?

**W.E:** Aus meinem Verantwortungsbereich sind zu wichtigen Themen, wie dem Stadtmuseum oder dem Frauenhaus, Beschlussvorlagen eingebracht oder werden in wenigen Tagen an die SVV gehen. Diese Projekte sind bei meinem Amtsantritt extrem aufgeladen diskutiert worden.

**HB:** Und was möchtest Du in absehbarer Zeit bewirkt haben?

**W.E:** Wenn die SVV entschieden hat, müssen die Vorschläge natürlich auch umgesetzt werden; das Frauenhaus 2014 und die Dauerausstellung im Stadtmuseum bis 2015. Weitere Entscheidungen stehen an ... Zum Ende dieses Jahres möchte ich Klarheit herstellen, ob das Vorhaben „Skaterhalle“ in der Sprengel-Halle realisierbar ist. Und im nächsten Monat will ich beim Land das Konzept für die Weiterführung „Soziale Stadt“ einreichen, um eine weitere Förderung zu erhalten.

Die Fragen stellte:  
Wilfried Weise



Dr. Wolfgang Erlebach an seinem neuen Arbeitsplatz

Foto: Werner Müller

fen, was z. B. Geld und Personalbemessung angeht.

**HB:** Gab es angenehme oder unangenehme Überraschungen?

**W.E:** Ganz große Überraschungen hat es nicht gegeben. Angenehm war die spürbare Aufgeschlossenheit bei Vereinen, Gremien und Trägern, mit denen ich zu tun habe. Sie wollen einen „politischen“ Ansprechpartner über die Verwaltung hinaus.

Die politischen und juristischen Angriffe, vor allem aus der SPD, habe ich in dieser Verbissenheit nicht erwartet. Aber ich war mir immer sicher, dass sie haltlos und deshalb auch juristisch aussichtslos sind. Das hat sich ja auch gezeigt. Worüber ich mir inzwischen Gedanken mache, ist die Frage, ob die SPD auch

sem Ziel dient. Das ist nicht immer dort, wo Interessen besonders gut und lautstark artikuliert werden. Es gibt Menschen in einer schwierigen sozialen Situation, bei denen sich Resignation breit macht, die sich „abfinden“. Sie bleiben dauerhaft in Hartz IV gefangen. Die Jobcenter kümmern sich eher um Menschen, die man leichter wieder in Arbeit bringen kann.

Ich habe im Jugend- und Kulturbereich einige konkrete Projekte benannt, die ich stärker unterstützen, begleiten oder auch neu anpacken will. Stichworte sind das Stadtmuseum und das Projekt „Skaterhalle“. Nicht vergessen möchte ich die Begleitung der Erarbeitung eines lokalen Teilhabepfandes für Menschen mit Behinde-

# Demokratie und Fünf-Prozent-Hürde

Aus unserer Rubrik: Im Lexikon geblättert

„Demokratie“ kommt aus dem Griechischen und wird mit „Volkeherrschaft“ übersetzt. Daraus kann man aber nicht schließen, dass die alten Griechen vorhatten, alle Angehörigen ihres Volkes, gar ihre Sklaven, in den Herrscherstatus zu hieven. Um dieses Missverständnis gar nicht erst aufkommen zu lassen, spricht man heute von „repräsentativer Demokratie“. Will heißen, das Volk wählt sich seine Re-

Volksbegehren und dgl., wird lauter, aber der macht nicht nur den Mächtigen Angst, sondern auch orthodoxen Demokraten: Wo bliebe ein vernünftiger Interessenausgleich, wenn jeder seine Interessen per Zusammenschluss Gleichgesinnter ungebremst durchsetzen könnte?

Sicherheitshalber gibt es bei den Bundestagswahlen die Fünf-Prozent-Hürde. Hürden sind ja Hindernisse, die



präsentanten, die stellvertretend in seinem Namen als Herrschende agieren.

In Deutschland wird nach dem Prinzip der personalisierten Verhältniswahl gewählt: Die Erststimme gibt man einer vertrauenswürdigen Persönlichkeit (Direktmandat), die Zweitstimme einer vertrauenswürdigen Partei oder Gruppierung. Ein scheinbar ausgewogenes Verfahren – aber warum schwindet dann die Wahlbeteiligung und immer mehr Menschen beklagen ein Gefühl der Ohnmacht?

„Geld regiert die Welt“, weiß schon der Volksmund und die Macht des Geldes liegt weder beim einfachen Volk noch bei seinen gewählten Vertretern. Der Ruf nach mehr direkter Demokratie, also nach

Menschen (oder Pferde) bei einem Wettkampf überwinden müssen. Wenn man sein Herz also an eine Gruppierung mit nur Außenseiterchancen verloren hat, muss man heftige Überzeugungsarbeit leisten, damit wenigstens 5% der abgegebenen Stimmen auf die Außenseiter entfallen oder wenigstens drei Klasse Vertreter der Gruppe Direktmandate erringen – sonst hat man für den Papierkorb gestimmt. Ist das demokratisch? Natürlich nicht. Tröstlich ist allerdings, dass die FDP als Partei der Geldleute Gefahr läuft, die Fünf-Prozent-Hürde diesmal nicht zu schaffen – was aber noch lange nicht heißt, dass die Macht des Geldes im Papierkorb der Geschichte verschwunden ist.

Dr. Uta Sändig

## Auflösung Preisrätsel

von Seite 12 der Havelbrandung 2/13

In der vorliegenden Ausgabe 3 mussten wir aus Platzmangel auf das Preisrätsel verzichten. In der Winterausgabe werden die Rätselfreunde aber wieder fündig – versprochen. In Ausgabe 2 bemühten wir die Ratefuchse zum Thema Slawendorf der Stadt Brandenburg an der Havel. Längst nicht alle wussten Bescheid. In Frage 1 wollten wir wissen, wo sich der Haupteingang des Slawendorfes befindet. Hier war der Buchstabe c richtig: auf dem Nicolaiplatz hinter der Euthanasiegedenkstätte. Das Foto zu Frage 2 zeigt „Ritter“ beim Rolandspectaculum – Buchstabe a war der gesuchte. Die 3. Frage drehte sich um das Slawenschiff „Triglaf“. Mit diesem können 28 Gäste (Buchstabe b) über unsere Gewässer geschippert werden. In Frage 4 wollten wir wissen, wie groß das Gelände des Slawendorfes ist. Insider wussten, dass es 11 ha (Buchstabe a) sind. Über einen Büchergutschein dürfen sich freuen: Anneliese Feierabend, Leonie Ostrowski und Klaus Brandt, alle aus Brandenburg an der Havel. Herzlichen Glückwunsch.

Werner Müller

# Hier ist Gregor:

**Gregor Gysi und Diana Golze**  
in Brandenburg,  
Neustädtischer Markt  
**21. September, 11 bis 14 Uhr**  
Musik von Polkaholix

**DIE LINKE.**

[www.100-Prozent-sozial.de](http://www.100-Prozent-sozial.de)



## Wahlkampfabschluss

am 21.09.2013 in Brandenburg an der Havel, Neustädtischer Markt

- 11:00 Uhr Begrüßung durch Diana Golze
- 11:05 Uhr Musik mit den Polkaholix
- 11:20 Uhr Sportakrobaten des ESV Kirchmöser
- 11:35 Uhr Rede von Diana Golze
- 11:50 Uhr Musik mit den Polkaholix
- 12:00 Uhr Rede von Gregor Gysi
- 13:00 Uhr Sportakrobaten des ESV Kirchmöser
- 13:15 Uhr Musik mit den Polkaholix

Für die Kinder sind eine Hopseburg sowie weitere Angebote vorhanden.



## Termine

- 14.09.2013 - Infostände in Nord, Potsdamer Str, Schranke Wust und Wilh. Str., BRB
- 14.09.2013 - 08.00 Uhr: Infostand in Paaren/Glien, Hauptstraße
- 16.09.2013 - Mit der LINKEN in den Tag, Infostand am Hauptbahnhof, BRB
- 17.09.2013 - 10.00 Uhr: Infostand in Premnitz, Marktplatz
- 17.09.2013 - Infostände am Veilchenweg und am Südtor, BRB
- 18.09.2013 - 09.30 Uhr - Bürgerfrüstück, Altstädtischer Markt 2, BRB
- 18.09.2013 - Infostände am Mozartplatz und Tschirchdamm, BRB
- 18.09.2013 - 18.00 Uhr - Vorstandssitzung, BRB
- 18.09.2013 - 10.00 Uhr: Infostand zur Bundestagswahl in Rathenow, Märkischer Platz 2
- 19.09.2013 - Infostände Neustädtischer Markt und Neuendorfer Sand, BRB
- 19.09.2013 - 18.00 Uhr: Spätschoppen, Restaurant „Harlekin“ in Rathenow, Märkischer Platz 3
- 20.09.2013 - Infostand in Plaue
- 20.09.2013 - 10.00 Uhr: Infostand in Premnitz, Marktplatz
- 20.09.2013 - 10.00 Uhr: Infostand in Rathenow, Märkischer Platz
- 20.09.2013 - 09.00 Uhr: Info-Stand in Schönwalde/Glien, Berliner Allee, Höhe Edeka
- 21.09.2013 - 11.00 Uhr - Wahlkampfabschluss auf dem Neustädtischen Markt, mit Gregor Gysi, Diana Golze, René Kretzschmar  
Kinder- und Familienprogramm
- 22.09.2013 - 08.00 bis 18.00 Uhr - Wahlsonntag
- 22.09.2013 - 18.00 Uhr: Wahlparty, Bürgerbüro der LINKEN, Märkischer Platz 2 in Rathenow



QR-Code scannen  
<http://www.dielinke-stadt-brb.de>

## Impressum HAVELbrandung

Die linke Zeitung für das Havelland und Brandenburg an der Havel, Ausgabe 03/2013, Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 2, 14770 Brandenburg an der Havel, V.i.s.d.P Lutz Krakau (BRB), Hendrik Öchsle (HVL), E-Mail: [redaktion@dielinke-stadt-brb.de](mailto:redaktion@dielinke-stadt-brb.de).

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

**Druck:** Medienverlag und Druckerei GmbH, Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus, **Auflage:** 42.500 Stück, Redaktionsleitung: Dr. Uta Sändig und Daniel Herzog (Text), Werner Müller (Bild und Koordination), **Redaktion:** Frank Hübner, Lutz Krakau, Andreas Kutsche, Robert Scholz, Wilfried Weise und Petra Zimmermann, **weitere Bildnachweise:** DIE LINKE (1, 3, 3, 4, 4, 5, 5, 6, 12), Johanna Bergmann (1), Harald Petzold privat (1), Christian Rehme (1), Werner Müller (2, 12, 12, 12), Frank Hübner (5), Uwe Tackmann(4), Karikaturen: Luci S.(6), privat (10), Klaus Stuttmann (11)

**Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE:** Altstädtischer Markt 2, 14770 Brandenburg an der Havel

- Montag bis Donnerstag 09:00 bis 17:00 Uhr
- Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr

Telefon: 03381 / 22 47 33

Fax: 03381 / 22 99 61

Website: [www.dielinke-stadt-brb.de](http://www.dielinke-stadt-brb.de)